

Ressort: Finanzen

Studie zeigt Fehler bei Bankenrettungen auf

Berlin, 17.07.2013, 07:01 Uhr

GDN - Die Bankenrettungspakete in Griechenland, Spanien und Zypern kosten den Steuerzahler rund 90 Milliarden Euro. Das geht laut einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" aus einer Studie des Forschungsinstituts Finpolconsult hervor, die von den Grünen-Fraktionen im Bundestag und im Europaparlament in Auftrag gegeben wurde.

Die Studie zeigt auf, dass bei den Rettungsaktionen systematisch Fehler begangen wurden. Hätte man die Gläubiger der Banken früher und konsequenter beteiligt, hätte man allein bei sieben untersuchten Banken rund 35 Milliarden Euro sparen können. In Spanien hätte der Studie zufolge gar kein Steuergeld fließen müssen. In Griechenland hätte eine umfassende Gläubigerbeteiligung die Diskussionen um einen weiteren Schuldenschnitt überflüssig gemacht. "Die Krisenpolitik von Angela Merkel und der Troika war gut für die Bankgläubiger und schlecht für die Steuerzahler", sagt Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag. Für den Europaparlamentarier Sven Giegold macht die Studie offensichtlich, dass Europa eine gemeinsame Abwicklungsbehörde braucht: "Der Widerstand der Bundesregierung dagegen wird neue teure Rechnungen produzieren."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-17811/studie-zeigt-fehler-bei-bankenrettungen-auf.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619